

## 20 Jahre Grüne – Von der Protest- zur Gestaltungspartei

Bei der Nationalratswahl am 23. November 1986 erzielt die „Grüne Alternative - Liste Freda-Meissner-Blau“ 4,8 Prozent der Stimmen und damit gelingt den Grünen mit acht Mandaten der erstmalige Einzug ins österreichische Parlament. Dieses Ergebnis sei "als Demokratieschub zu bezeichnen: Statt herrschender Oligarchie gibt es mehr Demokratie", sagt an diesem Abend Spitzenkandidatin Freda Meissner-Blau. Die erste Forderung der Grünen? Die Einrichtung eines Umweltministeriums. "Man soll nicht wegen eines Tauziehens um Kompetenzen ein Fortschreiten der Umweltschädigung durch Untätigkeit in Kauf nehmen. Umweltpolitik muss höchste Priorität haben", begründet Meissner-Blau. Heute ist ein Umweltministerium eine Selbstverständlichkeit.

Mehr Demokratie! Besserer Umweltschutz! Hinter diesen Forderungen stand 1986 ein gesellschaftlicher Aufbruch. Die grenzenlose Ausbeutung der Natur wurde zum gesellschaftlichen Thema, den Obrigkeitsstaat wollten die BürgerInnen nicht mehr hinnehmen. Schon 1978 hatte die Umweltbewegung bei der Volksabstimmung über Zwentendorf ihren ersten Sieg eingefahren. Das Atomkraftwerk wurde nicht eingeschaltet. Im Dezember 1985 kämpfte eine BürgerInnenbewegung gegen den Bau der Staustufe Hainburg und erneut wurde der Betoniererfraktion eine schmerzliche Niederlage beigebracht. Diese beiden Widerstandsprojekte standen an der Wiege der Grünen.

Heute, nahezu 20 Jahr später ist ein atomkraftfreies Österreich eine unbestrittene Selbstverständlichkeit. Die Abhängigkeit vom Öl ist aber geblieben, und die hohen Energiepreise lassen eine Renaissance dieser Hochrisikotechnologie (Tschernobyl!) befürchten. Wieder ist Widerstand gefordert, doch noch mehr ist Gestaltung nötig. Schweden will 2020 von Öl unabhängig sein. Die Technologien sind vorhanden. Niedrigenergie- und Passivhäuser tendieren beim Energieverbrauch gegen Null. Wärmedämmung in Altbauten reduziert den Energieverbrauch enorm Wind- und Sonnenenergie müssten endlich intensiver genutzt werden. Pelletsheizungen könnten die Abhängigkeit vom Öl beseitigen helfen. Eine Energiewende muss her, fordert heute Eva Glawischnig, die stv. Bundessprecherin und entwickelt dazu Konzepte. Die Vision der Unabhängigkeit von fossilen Energieträgern ist heute die treibende Kraft der Grünen.

Hinter verschlossenen Türen haben Salzburgs Stadtväter Mitte der 1970er Jahre beschlossen, eine Autobahn quer durch die Stadt zu bauen. Daraufhin sammeln der Schauspieler Herbert Fux und andere 23.000 Unterschriften gegen die Herrschaft der Bauwirtschaft und den Abriss von Altbauhäusern. Die Aktion hat Erfolg, die Projekte werden ad acta gelegt. Die Salzburger Bürgerliste zieht 1977 ins Stadtparlament ein, fünf Jahre später erlangte sie 17,7 Prozent und mit dem 32-jährigen Johannes Voggenhuber erhält die Bürgerliste das erste grüne Regierungsglied Europas. Noch heute zahlen die Nationalratsabgeordneten der Grünen einen Teil ihres Gehalts in einen Fonds ein und finanzieren damit Bürgerinitiativen in ihrem Kampf für Ökologie, Menschenrechte und soziale Anliegen. Und nicht zufällig reklamierte Johannes Voggenhuber in die europäische Verfassung die Möglichkeit einer europaweiten Volksabstimmung hinein. Der Kampf um Bürgerrechte ist Grünen ein Herzensanliegen.

1991 hängen im Wiener Gemeinderatswahlkampf Plakate, auf denen ein Mann um die Ecke spioniert. 'Pilz gegen Filz', steht darauf zu lesen. Die Bekämpfung von Misswirtschaft, Geldverschwendung, die Aufdeckung von Skandalen wie Noricum oder Lucona, die Kritik an parteipolitischen Postenbesetzungen und Doppel- und Dreifachbezügen von Abgeordneten usw. ist seit dem Einzug 1986 integraler Bestandteil Grüner Politik gewesen. Noch heute

stellen die Grünen den Vorsitzenden des parlamentarischen Rechnungshofausschusses, bezeichnend für die Grünen als Kontrollpartei.

Anfang Februar 2006 präsentierte Eva Glawischnig eine Statistik. Bei Parlamentsreden, die live im ORF übertragen werden, beträgt der Frauenanteil bei der ÖVP bloß 23, bei der SPÖ magere 25, bei BZÖ/FPÖ 27 Prozent. "Wenn die Scheinwerfer angehen, werden die Frauen von der politischen Bühne verdrängt", kritisierte Glawischnig dies als Symbol für die noch bestehende Benachteiligung von Frauen. Nicht so bei den Grünen. Von 17 Abgeordneten sind neun Frauen (53%) und ihr Redezeitanteil beträgt stolze 58 Prozent! Dazu beigetragen hat eine Quotenregelung, derzufolge mindestens 50 Prozent der Abgeordneten Frauen sein müssen.

Nach der Regierungserklärung von Franz Vranitzky im Jänner 1987 musste der Grüne Abgeordnete und Rollstuhlfahrer Manfred Srb zum Rednerpult hinuntergetragen(!) werden. Behinderte Menschen waren damals im Parlament nicht vorgesehen. Heute benützt die Grüne Abgeordnete Theresia Haidlmayr eine Rampe zum Rednerpult. Am 5. November 1990 sorgten Marijana Grandits und Terezija Stoisits für Irritation bei der Angelobung. Zum deutschen "Ich gelobe" fügten sie die entsprechende kroatische Formel "zagovaram se" hinzu. Erstmals waren VertreterInnen der kroatischen Minderheit im Hohen Haus vertreten und taten dies auch kund. Diese symbolische Geste ist Ausdruck für den Kampf um Minderheitenrechte, den die Grünen bis heute führen, etwa in ihrem Einsatz für zweisprachige Ortstafeln in Kärnten. Das Auftreten gegen Ausländerfeindlichkeit, für faire Asylverfahren und die Integration von AusländerInnen ist ebenso Teil dieser Politik wie das Eintreten für gleiche Rechte für Lesben und Schwule.

Die Grünen haben auch immer wieder den Umgang Österreichs mit seiner Nazivergangenheit thematisiert. Am spektakulärsten tat dies sicher Andreas Wabl, der von 1988 bis 1990 Klubobmann war, im Rahmen der Debatte um die Kriegsvergangenheit von Bundespräsident Waldheim. Am 14. Mai 1987 kritisierte Wabl, dass "unser Präsident als er gefragt worden ist, was er im Krieg getan hat, nicht anderes gewußt hat, als daß er seine 'Pflicht erfüllt' hat (...) und zwar unter dieser Fahne, damit sie wissen, unter welche Fahne unser Präsident seine Pflicht erfüllt hat". 'Der Redner entrollt eine Hakenkreuzfahne. – Rufe: Unerhört', vermerkt das stenographische Protokoll an dieser Stelle. – Die Auseinandersetzung mit der Nazivergangenheit haben die Grünen bis heute imm wieder betrieben. Zuletzt etwa in der Frage der Restitution von Kunstwerken.

Neben der Umwelt- und der Frauenbewegung stand auch die Friedensbewegung Pate als die Grünen aus der Taufe gehoben wurden. Die Gefahr eines Atomkrieges hatte damals die Menschen aufgerüttelt. 'Gewaltfrei' war bis 2001 neben 'ökologisch, basisdemokratisch und solidarisch' einer der vier Grundwerte der Grünen. 2001 wurden die Grundwerte erweitert und lauten seither: 'ökologisch, solidarisch, selbstbestimmt, basisdemokratisch, gewaltfrei und feministisch'. Der basso continuo Grüner Sicherheitspolitik war und ist das Eintreten für die Neutralität und der Kampf gegen Abfangjäger, ob sie Draken hießen oder heute Eurofighter.

Engagierte Christen und dissidente Gewerkschafter waren ebenfalls Teil der Sammlungsbewegung Grüne und trugen zur Schärfung Grüner Positionen bei: Ausgehend von Denkansätzen der Katholischen Sozialakademie entwickelten sie Antworten auf die bis heute ungleiche Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums: Die Grundsicherung - die Anerkennung des Individuums, seines unbedingten Existenzrechts in Würde. Die Grundsicherung ist ein Rechtsanspruch des Individuums nicht nur auf ein Leben ohne finanzielle Armut, sondern auch auf Zugang zu Bildung, Gesundheits- und

Freizeiteinrichtungen, auf Mobilität, auf Auszeiten im Berufsleben und vieles andere mehr. Bis heute ist das Modell der Grundsicherung ein zentraler Eckpunkt Grüner Sozialpolitik.

Die heterogene Zusammensetzung der Grünen sorgte in den ersten zehn, elf Jahren auch für viele interne Turbulenzen. Nach zwei Jahren als Klubobfrau trat Freda Meissner-Blau 1988 zurück. Andreas Wabl wurde Klubobmann. 1990 folgte ihm Johannes Voggenhuber, 1992 wurde Madeleine Petrovic Klubobfrau. Petrovic hält bis heute den einsamen Rede-Rekord im Parlament. In der Nacht vom 11. auf den 12. März 1993 hielt sie eine zehn Stunden und 35 Minuten dauernde Marathonrede gegen die Aufhebung der Kennzeichnungspflicht von Tropenholz. Mit Petrovic als Spitzenkandidatin übersprangen die Grünen 1994 erstmals deutlich die Fünf-Prozent-Marke und erreichten 7,3 Prozent. Als einer der neuen Abgeordneten zog ein gewisser Alexander Van der Bellen, ein Wirtschaftsprofessor, in den Nationalrat ein. Bei vorgezogenen Neuwahlen sanken die Grünen 1995 auf 4,8 Prozent ab. Christoph Chorherr folgte Petrovic als Bundessprecher. 1997 trat Chorherr zurück und der Wirtschaftsprofessor wurde Bundessprecher.

Mit Alexander Van der Bellen trat eine interne Beruhigung ein und eine zentrale umweltpolitische Maßnahme trägt seine Handschrift: Das Konzept einer ökosozialen Steuerreform. Der Verbrauch von fossilen, umweltschädlichen Energieträgern soll damit teurer werden, im Gegenzug wird menschliche Arbeitsleistung steuerlich entlastet. Private Haushalte erhalten eine Rückzahlung vom Staat, um die gesteigerten Energiekosten abzudecken. Die ökosoziale Steuerreform ist damit ein zentraler Hebel für eine umweltverträgliche und leistbare Energiewende, schafft neue Arbeitsplätze und hilft dem Klimaschutz.

Bei den Nationalratswahlen 1999 erreichten die Grünen mit dem Spitzenkandidaten Alexander Van der Bellen 7,4 Prozent und 14 Mandate. Bei der vorgezogenen Wahl 2002 kamen sie mit 9,47 Prozent der 10 Prozent-Marke nahe, die sie erstmals im Juni 2004 bei den Wahlen zum Europaparlament mit 12,89 Prozent deutlich übersprangen. In den nunmehr fast neun Jahren mit Van der Bellen als Bundessprecher gelang den Grünen der Einzug in alle neun Landtage und mit Umweltlandesrat Rudi Anschober stellen die Grünen in Oberösterreich das zweite Mal ein Regierungsmitglied auf Landesebene. Zuvor schon stellten die Tiroler Grünen mit Umweltlandesrätin Eva Lichtenberger von 1994 bis 1999 ein Regierungsmitglied. – Rudi Anschober war neben Madeleine Petrovic in NÖ, Peter Pilz in Wien und Eva Glawischnig in Kärnten, einer jener Parlamentsabgeordneten, die für den Einzug in den jeweiligen Landtag bzw. die Stärkung der Grünen eine entscheidende Rolle gespielt haben

Van der Bellen machte deutlich, dass die Grünen sich nicht in der Opposition pragmatisieren lassen wollen, sondern bereit sind, Regierungsverantwortung zu übernehmen, wenn sich damit Grüne Inhalte besser umsetzen lassen als in der Opposition. Die Regierungsverhandlungen mit der ÖVP nach der 2002er-Wahl unterstrichen diesen Anspruch, wurden aber von den Grünen abgebrochen, weil die ÖVP in zentralen politischen Bereichen zu keinen Kompromissen bereit war und schwarz-blaue Politik fortsetzen wollte.

In den 20 Jahren ihres Bestehens haben sich die Grünen von einer Widerstands- und Protestpartei zu eine Partei gewandelt, die gestalten will und daher bereit ist Regierungsverantwortung zu übernehmen. Sie haben in den Regierungsverhandlungen mit der ÖVP aber auch gezeigt, dass Regieren für sie kein Selbstzweck, sondern nur dann sinnvoll ist, wenn damit Fortschritte etwa in der Umweltpolitik, in der Bekämpfung der Armut, bei der Verbesserung des Bildungswesens und der Gleichstellung der Frauen erreicht werden können.

Reinhard Pickl-Herk